

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| Herausgeber: | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| Band: | 35 (1943) |
| Heft: | 4 |
| Artikel: | Glieder einer Kette |
| Autor: | Möri, Jean |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-353115 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

all das zu unterlassen, was zur Ermöglichung der oben erwähnten Lösung in der allein unsere Rettung liegt, getan werden sollte. In dieser Lösung ist auch die Schöpfung eines neuen Nordens enthalten, und ein solcher Norden ist mit dem Gedanken an ein Gross-Finnland nicht vereinbar. Er ist nicht möglich, wenn Schweden von Finnland isoliert wird; er kann nicht entstehen mit einem Norwegen, das unter englischem Einfluss steht, oder mit einem Finnland, das am Gängelband Deutschlands geht; er kann nicht verwirklicht werden mit einem Dänemark, das die Landesverteidigung verneint und er kann endlich nicht lebendig werden, wenn nicht die einzelnen nordischen Länder von ihrer absoluten Souveränität abstehen und die nationalen Streitgegenstände dem gemeinsamen Interesse opfern. Die kommende Föderation verlangt, dass ein jeder seine ererbte Staatsordnung und seine Integrität bewahrt; sie verlangt aber auch, dass alle danach trachten, einander zu verstehen und sich nach bestem Vermögen in schwierigen Lagen helfen. Die Vereinigten Staaten des Nordens werden eine solche natürliche Einheit bilden. »

Glieder einer Kette.

Von Jean Möri.

Der Erfolg steckt an.

Im täglichen Leben wie auf dem Sportplatz bezeugt die Menge gerne den Starken mehr Achtung als den Schwachen, den Siegern mehr Begeisterung als den Besiegten. In dieser seltsamen Gewohnheit kommt zu einem Teil Bewunderung zum Ausdruck für die spektakulöse Lebenskraft, daneben eine gute Dosis von hellsichtigem Atavismus. Der nahezu ohne Verteidigungsmöglichkeiten den blinden Kräften der Natur ausgelieferte Höhlenmensch musste ohne Zweifel die körperlichen und geistigen Kräfte sehr peinlich in Rechnung setzen und sie vor allem nicht überschätzen, wenn er seines im übrigen sehr kümmерlichen Lebens froh sein wollte. Er musste es verstehen, jenen, die stärker, ehrgeiziger oder boshafter als er selber waren, Respekt, ja Bewunderung zu bezeugen, um sich dafür an den Schwachen zu rächen, wie das oft heute noch geschieht. Auf diese Weise entstand — lange vor den ersten Zeichen des Christentums — schon im Heidentum der Kult der Stärke und Gewalt.

Während Jahrhunderten kämpfte der Geist mit Zähigkeit gegen diese Tyrannei der Gewalt. Sehr langsam begannen die ewig Geschlagenen einzusehen, dass sie durch die Vereinigung ihrer schwachen Kräfte eine Macht darstellen konnten, die die schlimmsten Autokraten zu erschüttern vermochte. Diese Ideen führten schliesslich zur Französischen Revolution und — unter heftigen

Reaktionen — zum demokratischen System in der Republik. Man konnte sich endlich der Hoffnung hingeben, dass das Regiment der Macht ein Ende genommen hatte. Es war ein Irrtum, dessen Folgen sich in tragischer Weise auswirkten. Der Lauf der Ereignisse seit September 1939 hat diese Tatsache wieder einmal in schauerlicher Weise erhärtet. Wie die Tyrannie das absolute Königtum seinem Verderben entgegenführte, wie die Oligarchien schliesslich die Aristokratie in die Ecke drängten, so wurde die Demokratie, trotzdem der schönste Idealismus mit ihr gepaart ging, in hohem Masse von der Demagogie erschüttert. Man hat sie jedoch zu früh begraben wollen. Sie barg ungeahnte Energien in sich, so vor allem in Grossbritannien. Die Demokratie hat sich nicht nur verteidigt, sondern sie greift nun mit erneuter Kraft an und besteht ihre Probe. Die glücklichen Optimisten von heute, die oft die abgeklappten Flaumacher von gestern sind, haben sich erholt und proklamieren mit unerschütterlicher Sicherheit den unmittelbar bevorstehenden Sieg der Demokratie. Hoffen wir, dass sie endlich einmal zufällig recht haben! Vielleicht würden sie besser tun, zu schweigen, denn sie haben früher die sichere Niederlage der Engländer spätestens sechs Wochen nach der Niederwerfung Frankreichs vorausgesagt.

Heute wie ehemals ist die Welt der Gnade der Mächtigen ausgeliefert. Die einzige noch bestehende und wachsende Hoffnung liegt darin, dass das der Schläge müde Schaf manchmal mit der Kraft der Verzweiflung doppelt zurückschlägt. Alles lässt sich erlernen: die Kunst des Krieges leichter als jene, den Frieden zu bauen.

Wenn die Völker der besetzten Länder jeden Tag Beweise des Heldenstums erbringen, so tun sie dies ebenfalls unter der Herrschaft des Gesetzes des Stärkeren. Es untersteht keinem Zweifel, dass sich die Mehrzahl dieser Völker, wenn ihnen die Gelegenheit gegeben würde, für Ordnung und Demokratie aussprechen würde. Die Möglichkeit, sich offen aufzulehnen, ist kaum gegeben, da diese Länder ohne Waffen sind und einer wendigen und mächtigen Kriegsmaschine gegenüberstehen.

Aus atavistischer Vorsicht bewundern viele Leute den Sieger, bevor sie dazu gezwungen werden. Sie tun es in gleicher Weise wie der schwache und wehrlose Höhlenmensch seinerzeit den Starken bewundert hat. War es, so sagte man sich, da und dort irgendwie vorauszusehen, in welchem Lande die Invasion halmachen wird? Angesichts dieser Zweifel befleissigten sich die Kleinmütigen und Verzagten sowie die weitsichtigen Streber der striktesten Vorsicht.

Im gegenwärtigen Augenblick wendet sich ähnliche Bewunderung den Russen zu. Ihre Stärke erweckt um so mehr Eindruck, als ihre Kraft vorher verkannt worden ist. Ihnen bezeugt nun die Mehrzahl der Menschen, die gegenüber den Schwankungen von Macht und Stärke empfindlich sind, Zuneigung und Sympathie. Es handelt sich aber nicht nur um jene, die den unbeugsamen

Willen der Roten Armee bewundern, die den Eindringling aus dem Lande werfen will, sondern auch um jene, die den unbezwingbaren Mut an sich und die Entschlossenheit von Leuten hoch einschätzen, die lieber sterben, als unter fremdem Joch zu leben. Es handelt sich um die gleiche Bewunderung, die man seinerzeit den Finnen und den Griechen gezollt hat, die bis zur völligen Erschöpfung ihrer Kräfte gegen einen an Zahl und Kriegsmaterial übermächtigen Feind kämpften.

Heftige Russenfreundlichkeit.

Napoleon, der sich lange vor Hitler über den russischen Gegner Gedanken machen konnte, hat folgenden lehrreichen Satz aufgestellt: « Russland ist um so furchtbarer, als es nie nachgibt. » Deutschland, das unbesiegbar schien, findet nun 130 Jahre später die bittere Erfahrung bestätigt.

Im übrigen ist es nicht erstaunlich, dass die Bewunderung für den militärischen Mut bei jenen, die keine Unterschiede zu machen wissen, in die Bewunderung der Staatsform umgeschlagen ist. So hat sich, um ein Beispiel zu geben, ein junger Nazi der Bundesstadt vor dem Mut der Russen verneigt und dazu die einfältige Bemerkung gemacht: « Es muss anerkannt werden, dass Hitler und Stalin den ersten Stein der neuen Zivilisation gelegt haben. » Ein anderer überspannter Bewunderer hat kürzlich in lyrischer Begeisterung ausgerufen: « Die russischen Armeen schlagen sich, damit die Freiheit die Welt erleuchte! » Es muss zugegeben werden, dass in diesem Falle der deutsche Angriff viel zu dieser seltsamen Schlussfolgerung beigetragen hat.

Die Bewunderung für ein Volk, das seine Heimat verteidigt, braucht jedoch nicht unbedingt die Bewunderung seiner Staatsform im Gefolge zu haben. *Wenn für uns tatsächlich die Macht und Kraft zum obersten Massstab wird, so müssen wir uns vor der unübertroffenen Macht, dem Mut und den Kenntnissen der deutschen Armee platt auf den Bauch legen.* Ich hoffe, dass wir davon weit entfernt sind, denn es würde bedeuten, dass es mit unsren Idealen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit sehr schlecht bestellt ist. Als der deutsch-russische Freundschafts- und Nichtangriffspakt noch kein blosser Papierfetzen war, rechtfertigten die Sophisten — was zu erwarten war — die Angriffe der grossen Sowjetrepublik gegen die kleinen Staaten als « Vorsichtsmassnahme » im Hinblick auf einen deutschen Angriff. Die genialen Führer im Kreml sahen eben, so sagte man, den unvermeidlichen Ablauf der Ereignisse voraus. Um im finnischen Meerbusen währschafte Stützpunkte zu bilden, war es nötig, Helsinki zu bombardieren und zu zerstören und musste ein kleines und friedliches, von einer sozialistischen Regierung betreutes Volk mit allen Hunden gehetzt werden. Haben die gleichen genialen Führer ebenfalls

genau vorausgesehen, dass die Annekterung von Bessarabien und der nördlichen Bukowina die Zerstückelung Rumäniens, den Sturz König Carols und die Loslösung Rumäniens von den Demokratien zur Folge haben musste? Vielleicht wäre es gescheiter gewesen, diese Länder zu stärken, anstatt sie zu zwingen, als preisgegebene und aufgegebene Staaten in das Kielwasser der Achse einzuschwanken. Was das auf die Knie gezwungene Polen betrifft, so findet der Angriff der UdSSR. gegen dieses Land in unserer Demokratie ebenfalls Verteidiger, und zwar in dem Sinne, dass die listigen Füchse dem gewaltigen Bär unterwürfiges Lob zollen, dass er dem Opfer die grosse Ehre bereitet hat, es zu verschlingen.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht gut, Stalin daran zu erinnern, dass er schon vor Ausbruch dieses Krieges gesagt hat: « Wir wollen keinen Zoll fremdes Gebiet, wir werden aber auch keinen Zoll unseres eigenen Gebietes irgendeiner Macht preisgeben. » Er hat den zweiten Teil dieses feierlichen Versprechens gehalten, den ersten Teil jedoch vergessen. Der « Führer durch die Sowjetgewerkschaften » hat sich in ähnlichem Sinne geäussert: « Getreu ihren Prinzipien, führt die UdSSR. eine folgerichtige Friedenspolitik, die den Interessen des sozialistischen Aufbaus entspricht und unter den arbeitenden Massen und den fortschrittlichen Menschen aller Länder ein begeistertes Echo findet. » Dieses begeisterte Echo ist in der Folge sehr schwach geworden und blieb bald ganz aus, als die UdSSR., die Feste des Weltfriedens, mit dem nationalsozialistischen Deutschland einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt abschloss und damit dem Frieden den Todesstoss gab.

D a s A b c.

Die begeisterten Lobredner, die uns unermüdlich Russland als grosses Beispiel vor Augen halten, möchten wir an die weisen Worte von Lenin erinnern:

« Solange es in unserem Lande Phänomene wie jenes des Analphabetentums gibt, wird es äusserst schwer halten, von politischer Erziehung zu reden. Es handelt sich dabei nicht um eine politische Aufgabe, sondern um eine Voraussetzung, ohne die man überhaupt nicht über Politik sprechen kann. Der Analphabet steht ausserhalb der Politik. Man muss ihm zuerst das Abc beibringen. Ohne dieses gibt es keine Politik. Es kann nur Gerüchte, Schwätzereien, Märchen und Vorurteile, aber keine Politik geben. »

In den seither verflossenen 26 Jahren hat sich die Lage auf diesem Gebiet ohne Zweifel wesentlich verbessert, jedoch nicht in dem Masse, dass die « 60 Jahre Rückstand » hinter irgendeiner bürgerlichen Demokratie nachgeholt worden sind. Bevor man uns die UdSSR. als Beispiel vorhält, muss das schöne Modell ohne Zweifel noch allerlei Verbesserungen erfahren. Es ist unbestreitbar, dass in Russland gewaltige Fortschritte erzielt worden sind. Ferner

steht fest, dass das russische Volk die neue etatistische Formel, die mit dem Kommunismus nur noch den Namen gemeinsam hat, anerkennt. Die aussergewöhnlichen Leistungen der Roten Armee geben dafür überzeugende Beweise. Insbesondere gilt dies für das Volk von Georgien, das sich als unermüdlicher Vorkämpfer seiner Unabhängigkeit wie ein Löwe für Russland schlägt. Die Behauptung der gegenrevolutionären Propaganda, wonach sich das bolschewistische Regime nur auf Grund des schlimmsten Terrors an der Macht hält, muss deshalb preisgegeben werden. In dieser Beziehung kann man zum Teil die Ausführungen Stalins bekräftigen, wonach solche Regierungsmethoden, hätten sie bestanden, nach dem deutschen Angriff zusammengebrochen wären (was man übrigens in gut unterrichteten Kreisen allgemein erwartet hat).

Es sind Zeichen tiefgehender Änderungen in der UdSSR. feststellbar, und es ist möglich, dass sich die Diktatur humanere Formen zulegt, um sich allmählich einer Zwischenlösung zu nähern, die man auch bei gewissen bürgerlichen Demokratien feststellen kann. Die von Stalin an den Metropoliten Sergius gerichtete Botschaft, in der der Herr im Kreml die Anstrengungen der orthodoxen Kirche zugunsten der Schaffung eines Fonds zur Wiederbewaffnung der dem heiligen Dimitri Donskio gewidmeten Panzerabteilung anerkennt, ist ein Beispiel dafür. Früher gehörte es nicht zu den Gewohnheiten von Stalin, den Leuten der Kirche Liebenswürdigkeiten zu erweisen! Auch diese Botschaft gibt Lenin recht, der sich gelegentlich über die Verteidiger der Kommune in Frankreich lustig machte, die « auf Grund eines Dekrets den lieben Gott abschaffen wollten ». In grosser Weisheit sagte Lenin: « Wenn man sagt, dass der Krieg gegen die Religion ein Ziel der Arbeiterpartei sei, so bedient man sich einer anarchistischen Phrase. » Es hat lange gedauert, bis sich seine Nachfolger dieser Wahrheit bewusst geworden sind. Darf man annehmen, dass die Kirche wieder ihren traditionellen Platz als treue Stütze der Regierung einnehmen wird? Warum nicht?! Die Kirche hat schon andere Eierfälle aufgeführt.

Die neue Hierarchie in der Wirtschaft und der Armee ist ein anderes Zeichen der Anpassung der Doktrin, die in auffallender Weise einer Korrektur nach rückwärts ähnelt. Insbesondere die militärische Hierarchie, der vor dem brüsken Bruch mit Deutschland die Rolle des Eroberers zuerkannt wurde, zeigt deutlich, dass das Wort « Vaterland » in der UdSSR. seinen atavistischen Sinn voll zurückerhalten hat. In diesem Fall müsste den kommunistischen Eiferern im Ausland schleunigst das Recht zuerkannt werden, gute Patrioten zu sein. Es geschieht jedoch das Gegenteil! Gerade diese Eiferer sind bestrebt, den opportunistischen Rost zu entfernen und die demnächstige Revolution vorzubereiten. Dies ist nicht die einzige Inkonsequenz des kommunistischen Regimes. *Der vom Kreml angeordnete Mord an den zwei geistigen Führern des Sozialismus in Polen, Ehrlich und*

Alter, zeigt, dass frühere Absichten und die frühere Mentalität noch nicht überwunden sind und dass sich der Kreml solche Ungeheuerlichkeiten dank der in ihrer Entrüstung äusserst zurückhaltenden, wohlgesinnten Presse wohlgesinnter Kreise — zum Beispiel in der Schweiz! — auch heute noch leisten kann.

Ueberall Sowjets!

Die Voreingenommenheit für alles, was aus Russland kommt und mit ihm zu tun hat, verbreitete sich zusehends mit den Siegen der Roten Armee, was den Kommunisten trügerische Hoffnungen bereitet. Wenn in der Schweiz das Experiment einer Revolution gewagt würde, so ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Hetzer eine tüchtige Enttäuschung erleben würden, denn die Arbeiter wären bestimmt die ersten, die sie bekämpfen würden.

Dessenungeachtet ermutigen bürgerliche Magister, die eine paradoxe Haltung lieben, teilweise jene, die in der Arbeiterschaft Zweifel säen. Sie schwächen eine gegnerische Partei, während sie gleichzeitig nach den Verschwörern jagen, die in geheimen Versammlungen oder ungesetzlichen öffentlichen Bekundungen umgehen. Diese Verschwörer, sagen sie, schliessen sich dem Ruf « Ueberall Sowjets! » an und versprechen, eines Tages mit Maschinengewehren zurückzukehren. Humbert-Droz kündigt eine « Frühjahrsoffensive » an und « fordert die internationalen Brigaden auf, den Kampf im Innern des ganzen Landes zu führen », was sehr schlecht zum Patriotismus der russischen Herren passt. Im Einverständnis mit Nicole und dem Sekretär einer Zürcher Gruppe der Sozialistischen Partei der Schweiz brüten die Jungsozialisten über die Schaffung einer neuen Arbeiterinternationale und sagen die « demnächstige Revolution » voraus. Die bürgerliche Presse, die die Behörden zur Wachsamkeit ermahnt, bezeichnet diese Umtriebe als eine Bedrohung des sozialen Friedens. Vielleicht würde sie gescheiter tun, nicht mit dem Feuer des Hasses zu spielen und nicht systematisch die Spaltung in der Arbeiterbewegung zu fördern, indem sie, wie man dies da und dort gelegentlich beobachten kann, die Kommunisten gegen die Sozialisten ausspielt oder sie gar gelegentlich gegenüber ihnen sogar begünstigt. Wenn je gewisse Absichten in die Tat umgesetzt würden, so wäre es sicherlich für das Land besser, wenn die Arbeiterschaft völlig geeint wäre, denn es wäre wahrscheinlich sie, die zum Rechten sehen würde.

Weshalb prangert andererseits die gleiche bürgerliche Presse nicht mit der gleichen Energie die Umtriebe der Nationalsozialisten in der Schweiz an, die weiterhin in unterwürfiger Weise der Stimme ihres « deutschen Blutes » folgen?

Diese Fanatiker drohen damit, für jeden zum Tode verurteilten Verräter (sie bezeichnen sie als « Opfer »!) einen verantwortlichen Vertreter der jetzigen Regierung umzubringen.

Alle, die im Dienste einer fremden Regierung stehen, sind des Verrates schuldig, gleichviel, ob diese Regierung rot, schwarz oder braun ist. Es untersteht keinem Zweifel, dass die Kommunisten und Nicolisten ihre zersetzende Propaganda in der Schweiz in Wort und Schrift verschärfen. Sie machen systematische Propaganda, fassen eine « neue Front des Friedens » ins Auge, sprechen in der bekannten Weise von den « Interessen der Arbeiterklasse », den dringlich zu lösenden Aufgaben, ja sogar von der Zusammenarbeit. *Sie tun all dies mit dem Endziel, im Namen der Freiheit die Demokratie zu morden, um mit starker Hand die politischen Parteien zu erledigen und die Gewerkschaften wie in Russland unter Vormundschaft zu stellen.*

Solche Ausführungen erhalten einen besonderen Klang in diesen Zeiten der ausgesprochenen Russenfreundlichkeit. Geistige Führer und sogar Stützen der Gesellschaft unterzeichnen eine Petition zwecks Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei. Ernste Leute flüstern gelegentlich, dass die Sozialdemokratische Partei zu Unrecht Nicole und seine Gefolgschaft ausgeschlossen hat und dass die Gewerkschafter in ihrer Abneigung gegen die reine Lehre übertreiben. Diese Leute befinden sich in bezug auf die diabolische Aktivität Nicoles, dieses politischen Chamäleons, in grober Unwissenheit und glauben, dass 7000 treue Wähler ein sicherer Beweis für moralische Qualitäten seien. Dazu kommt, dass sie sich gerne einer gewissen Kampagne gegen zweifelhafte Banken erinnern. Sie vergessen, dass die Sozialdemokratische Partei Genfs, in dem sie 20,000 Wähler an die Urnen brachte, der Treue von 7000 Staatsbürgern eine falsche Bedeutung gibt. Der Widder führt seine Herde zum Abgrund, und alle Schafe werden ihm folgen, denn das blinde Vertrauen ist die Tugend reiner Seelen, der Naiven und Fanatiker. Was die Kampagne zugunsten der Säuberung des Bankgewerbes betrifft, so ist sie von der Sozialdemokratischen Partei Genfs und nicht nur von ihrem überheblichen Führer geführt worden. Wenn es wahr ist, dass er allein die Verantwortung für die vielfach leicht aufgedeckten Skandale innehatte, so sind es immerhin die Volksdruckereien von Lausanne gewesen, die für den Schaden aufgekommen sind, das heisst ungefähr 120,000 Franken.

Was die Gewerkschaften betrifft, so wissen die schlecht unterrichteten Kameraden zum Beispiel nicht, dass der Präsident des Staatsrates, Nicole, sich weigerte, eine Delegation des Gewerkschaftskartells und die Vertreter der Beamtenverbände zu empfangen (etwas, was sich ein bürgerlicher Staatsrat in den letzten Jahren nie herausgenommen hat). In der Zeit, wo der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die Deflationspolitik kämpfte, hat Nicole, der seltsame Freund des Volkes, die Gehälter des Personals der industriellen öffentlichen Dienste gesenkt. Wenn man sich die Mühe nähme, die Leute über alle seit August 1939 von diesem Doktrinär gemachten Bocksprünge zu unterrichten, so würde wahr-

scheinlich sogar von den am tiefsten verwurzelten günstigen Meinungen nicht viel übrigbleiben. Nicole war zunächst ein erbitterter Feind des Faschismus, hierauf ein überzeugter Verteidiger des deutsch-russischen Freundschafts- und Nichtangriffspaktes, dann « objektiver » Journalist, der sehr oft von Radio Stuttgart zitiert wurde, endlich ist er wieder gegenüber der Achse skeptisch und Antifaschist geworden, als der Wind umschlug. Es wäre gewagt, zu versichern, dass er es lange bleiben wird. Man muss dies immer wieder unterstreichen, besonders gegenüber den Kameraden auf der andern Seite der Saane, die ja unter keinen Umständen ein Doppelspiel dulden. Ein Mann, der für seine Ideen aufkommt, verdient unser Respekt, wobei allerdings die Bedingung zu machen ist, dass seine Gedanken nicht mit dem Wind wechseln. Wer jedoch vor Gericht mit einer falschen Nase auftritt und den guten Apostel der nationalen Verteidigung spielt, wer leugnet, Kommunist zu sein, um es wieder zu werden, wenn ihn seine Anhänger am Bahnhof mit dem Ruf « Ueberall Sowjets! » empfangen, verdient die Verachtung anständiger Leute. Die Partei aber, die solch ein Chamäleon duldet, entehrt sich.

Solche Feststellungen trifft man gewöhnlich nicht in der « Gewerkschaftlichen Rundschau » an. Sie gehören jedoch zur Sache, so dass man uns verzeihen wird, wenn wir mit unseren ausnahmsweisen Darlegungen eine sonst strikte eingehaltene Regel bestätigen. Uebrigens ist es durchaus notwendig, in einem Augenblick, wo die Propaganda an Umfang zunimmt und die Verwirrung in die deutschsprechende Schweiz übergreift, unsere Gewerkschafter genau auf dem laufenden zu halten. Man muss sich mit um so grösserer Energie verteidigen, als die politischen Meinungen den Schwankungen solcher Aktionen stark ausgesetzt sind.

Die berüchtigten « Koordinationskomitees » tauchen wieder auf und werden sogar von den reaktionären Kreisen der Stadt Calvins mit seltsamer Sympathie begrüßt. Man geht offenbar dabei von der Meinung aus, dass die Arbeiterschaft um so schneller und besser in ihre Schranken gewiesen werden kann, je mehr die Uneinigkeit in ihren Reihen Fortschritte macht und gefördert wird.

Ein beunruhigendes Dilemma.

Die vorangegangenen Feststellungen geben den Ausführungen des in der Januarnummer veröffentlichten Artikels « Bilanz 1942 » noch mehr Gewicht. Wir stehen in der Tat vor einem Dilemma. Ob nun die Alliierten oder die Mächte der Achse den Frieden machen, so sind auf alle Fälle damit unsere Sorgen nicht aus dem Wege geräumt. Je nachdem die eine oder andere Partei den Krieg gewinnt, werden unsere Lasten mehr oder weniger schwer sein, wobei es nicht nötig ist, festzustellen, welcher Partei unsere Hoff-

nungen gelten. Wir konnten der neuen europäischen Ordnung nie Reize abgewinnen, denn die Vollkommenheit erschreckt uns in dieser Welt, wo die Verwirklichung nicht die Schwester der Pläne ist. Schon vor dem Krieg hat Léon-Paul Fargue gesagt, dass die strikteste politische Ordnung nie weiter reiche als zur unbeweglichen symmetrischen Vollkommenheit der grossen Friedhöfe. Er sprach sich natürlich für die «demokratische Unordnung» aus, die die Persönlichkeit und die menschliche Würde der starren Ordnung vorzieht, die die Person dem Willen des allmächtigen Diktators beugt und opfert.

Man kann allerdings feststellen, dass angesichts der Rückschläge an der Ostfront das von Herrn Goebbels den kleinen Staaten in Aussicht gestellte Los weniger abschreckend erscheint. Man spricht nun bereits darüber, dass man leben und leben lassen müsse! Nach diesen rein mündlichen neuen Konzessionen erscheint uns die neue Ordnung Europas immer noch zu undeutlich und zu problematisch, um die freien Gewerkschafter veranlassen zu können, ihr Urteil gegenüber alten Absichten zu ändern. Dies um so mehr, als die Skeptiker recht behalten, wenn sie behaupten, dass Versprechungen die geistig Schwachen fröhlich machen.

Was die Organisierung des Friedens seitens der Alliierten betrifft, so muss man übrigens sagen, dass man sich auf dieser Seite lange in undeutlichen Angaben bewegt hat. *Wenn man die Zuversicht bei uns wecken will, so müsste man uns einen Plan der Reorganisierung Europas unterbreiten und sich überdies verpflichten, ihn auch tatsächlich durchzuführen.* Solche Aussichten waren vor der neuesten Rede Churchills ziemlich problematisch und sind es heute noch. Dem Beispiel Clemenceaus folgend, hat sich Churchill zunächst vollständig auf die Führung des Krieges konzentriert und sich nicht von Fragen zweiter Ordnung ablenken lassen, so wichtig sie auch scheinen mögen. Das ist begreiflich. Immerhin hat er es für nützlich gehalten, in seiner Rede Ende März 1943 von dieser Regel abzuweichen. In dieser Rede hat er eine Art Vierjahresplan angedeutet, der in seinen Umrissen noch ziemlich undeutlich ist. Sie enthielt fünf oder sechs praktische Massnahmen, die ihrerseits wieder schwierig zu lösende Probleme aufwerfen. Zunächst stehen drei Aufgaben im Vordergrund: Siegreiche Beendigung des Krieges gegen Japan, Schaffung eines Rates für Europa und Asien, Gewährung der Freiheit an alle Länder in bezug auf ihre innere Organisation. Von diesen drei Problemen scheint uns das letztere am schwierigsten lösbar, denn gewisse Nationen werden grosse Mühe haben, in ihrem eigenen Lande Ordnung zu machen. Man muss ihnen Beistand leisten, jedoch nicht nach den Rezepten der totalitären Staaten.

Eine Konferenz für die zukünftige Gestaltung der Welt müsste in erster Linie Sicherheitsmassnahmen gegen zukünftige Kriegsgefahren ausarbeiten. *Man wird nicht darum herum kommen, sich wiederum, aber diesmal ernsthafter, mit der von den Aposteln von*

Genf gepredigten kollektiven Sicherheit zu befassen. Ein englischer Kommentar zur oben erwähnten Rede von Churchill sagt in diesem Zusammenhang, dass sich eine solche Konferenz von einem gewissen Mass einheitlicher Auffassungen leiten lassen müsse, da sonst kein Fortschritt möglich sei. Wenn man weiss, dass die Beziehungen zwischen den Regierungen der besetzten Länder in London nicht immer die besten sind, dass zwischen den Anhängern de Gaulles und denen Girauds das volle Einverständnis noch nicht vorhanden ist, dass zurzeit ein ernsthafter Meinungskonflikt besteht zwischen dem gemarterten Polen und der im Aufbau begriffenen UdSSR., dass ein Prestigekonflikt die Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Russen bedroht (eine autorisierte amerikanische Stimme geht so weit, auf Grund dieses moralischen Konfliktes einen dritten Weltkrieg zu befürchten), so kann man mit Recht beunruhigt sein in bezug auf die Verwirklichung irgendwelcher Pläne, auch wenn sie noch so schön sind.

Was wird Grossbritannien tun, wenn es sich als unmöglich erweist, in diesen Dingen eine Uebereinstimmung herbeizuführen? Wird es sich an Europa desinteressieren und darauf warten, dass aus dem Chaos von selbst eine Ordnung entsteht? Auch dies ist eine Frage, die bis jetzt noch nicht beantwortet worden ist. Trotz alledem gilt es, sich auf die mit dem Preis des Blutes bezahlte Loyalität, die Kraft, die Energie und den Weitblick Grossbritanniens zu stützen.

Dabei stellt sich eine sehr ernste Frage: was gedenkt man mit den Ländern zu unternehmen, die neutral sind und es bleiben wollen? Sollen sie zwangsweise einem System der kollektiven Sicherheit einverleibt werden? Die Katastrophe, die die Welt zurzeit durchmacht, kann dazu beitragen, uns an Wirklichkeiten zu gewöhnen, die oft viel weniger schön sind als schöne Träume. Vom Traum zur Wirklichkeit ist der Weg sehr lange. Was wäre zum Beispiel aus unserm Land geworden, wenn wir unsere Neutralität nicht vom Völkerbund hätten feierlich anerkennen lassen? Ein guter Teil des schweizerischen Volkes — wir zählen uns dazu — lehnte diese neue Politik, die sich in der Praxis so günstig auswirken sollte, ab. Trotzdem steht fest, dass der « Mythus der vollständigen Neutralität » viel dazu beigetragen hat, uns ausserhalb der grossen Katastrophe zu halten.

Nicht nur unser Land, sondern alle Völker scheinen gut zu tun, den Schwung des Herzens dem gemächerlichen und sichereren Tempo der Vernunft anzupassen. Diese Einstellung kann vielleicht auch als wirksames Mittel betrachtet werden, um ein friedliches Europa aufzubauen, das einigen Bestand haben könnte.

Bis es so weit ist, möchten wir die für die Gestaltung der Zukunft gemachten Andeutungen von Churchill und Eden festhalten. So erklärte Eden u. a.: « Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern. » . . . « Wir werden nie mehr Europa den Rücken drehen. »

... « Wir haben eine Lösung, die Freiheit, ein Ziel, den totalen und unzweifelhaften Sieg, eine Absicht, den gerechten und dauerhaften Frieden. » Dies sind Absichten, die man gelten lassen kann. Es genügt jedoch nicht, sie zu teilen, um sie zu verwirklichen. So einfach ist die Sache nicht.

Was wir im Vorangegangenen über die politischen Schwankungen der UdSSR. gesagt und was wir an Schlussfolgerungen dem Leser selber überlassen haben, ist nicht dazu angetan, allzu grosse Hoffnungen auf die schiedsrichterliche Rolle der UdSSR. oder gar auf die Art und Weise zu setzen, wie sie zur Gestaltung eines harmonischen Friedens beitragen könnte.

Das russische Volk steht immer noch unter Vormundschaft. Stalin denkt und handelt für alle. Seine Ratgeber mögen ihn gelegentlich im guten und im schlechten beeinflussen, je nachdem sie an die Interessen des Landes denken oder einem Despoten schmeicheln wollen. Er ist es jedoch, der zum Schluss verfügt und bestimmt. Die helvetischen Bewunderer Stalins würden sich sehr bald von ihrer Begeisterung erholen, wenn auch sie die schwere Hand Stalins fühlen würden. Sie würden dann ein wenig spät — wie ein gewisser Fuchs in der Fabel — beteuern, dass man sie nicht mehr erwischen werde.

Es steht ausser Zweifel, dass wir in unserm Lande ebenfalls einen grossen Schritt vorwärts machen müssen. Temperamentvolle Politiker stellen sich dabei gelegentlich auf den Standpunkt, dass es wünschenswert wäre, sich der Diktatur des Proletariats zu unterwerfen, um einen entscheidenden sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Der Himmel bewahre uns vor einem solchen Unglück: das Proletariat, eine schwer fassbare Einheit, würde sehr bald zu nichts zerfliessen vor einer Staatspartei, dann vor einem zentralen Komitee, das seinerseits die Zügel einem allmächtigen Sekretär überlassen dürfte. In dieser Weise verwirklichte sich die Voraussage Plechanovs in der UdSSR., und sie würde sich auch in allen Ländern verwirklichen, wo man sich einer derart extremen Lösung ausliefern würde. *Auch der besten politischen Partei, dem rechtschaffensten Zentralkomitee und dem uneigennützigsten Sekretär darf man eine so bedrohliche Macht nicht gewähren.* Schritt für Schritt würde sich dieser « einzige » Sekretär berauschen lassen vom Weihrauch seiner Bewunderer, die ihn zu einem Gott stempelten. Drei grosse Staaten haben mit diesem System unter verschiedenen Vorzeichen einen Versuch gemacht. Die dabei erzielten Resultate tun klar dar, dass weitere Proben nicht zu empfehlen sind.

Rechnen wir vor allem auf uns selber!

Die Kette der Ereignisse, die bestehenden Aussichten in Europa und in der Welt lehren uns, dass wir uns in der Gestaltung unseres Schicksals nicht zuviel auf die andern und desgleichen

nicht auf die uns geneigte höhere Vorsehung verlassen dürfen. *Wir müssen so handeln, als ob unser Glück allein von uns selber abhinge.* Wenn die Zukunft unsere Bedenken in gleicher Weise zerstreut, wie die aufgehende Sonne die Nebel, so wäre eine solche unerwartete Ueberraschung besser als enttäuschte Hoffnung.

Der Krieg wird eines Tages sein Ende finden. Wahrscheinlich wird jedoch die erste Freude des Friedens nicht sehr lange dauern, denn sofort werden sich schwierige wirtschaftliche Probleme stellen. Die losgelassenen Kräfte der Unordnung werden dann um so bedrohlicher sein, als sich die Lösung dieser Probleme sehr schwierig anlassen wird. Die Vorsorge gebietet, dass wir uns schon heute dieser Schwierigkeiten bewusst werden und alles vorkehren, um sie zu mildern, sobald sie sich einstellen. Der Bund hat bereits ein über zehn Jahre verteiltes grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Es erheischt einen Betrag von 4,5 Milliarden Franken, das heisst zehnmal mehr als seinerzeit die Kriseninitiative verlangte, die von dem von den Reaktionären schlecht beratenen Volk abgelehnt worden ist (wobei u. a. der Vorwand eine Rolle gespielt hat, dass der Betrag der Rechnung zu hoch sei). Vielleicht wird der nunmehr eingesetzte höhere Betrag nicht einmal genügen. Die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit wird ohne Zweifel eine Notwendigkeit werden, wenn die Arbeitslosigkeit einen grössten Umfang annehmen sollte. Es gibt Optimisten, die glauben, dass die Gefahren auf diesem Gebiete nach diesem Weltkrieg geringer sein werden im Hinblick auf die gewaltigen Wiederaufbauarbeiten in den vom Krieg heimgesuchten Ländern. Vielleicht! Es müssen für diese Zwecke aber auch die nötigen Rohstoffe vorhanden sein, abgesehen davon, dass die durch den Krieg gewaltig gesteigerte Technisierung bald Probleme stellen könnte, an die wir heute noch gar nicht denken. Bald wird vielleicht wieder eine alte Forderung in den Vordergrund treten: Die Vierzig-Stunden-Woche. Es ist sogar möglich, dass die Arbeitszeit noch weiter verkürzt werden muss, ohne sich um die sentimental Redensarten der Moralisten zu kümmern, die dann wieder ihre Sorgen über die Folgen erhöhter Freizeit anmelden werden. Man wird sich ferner damit zu befassen haben, dem Geld und Kapital seinen Platz anzugeben, das sich gern unsren Händen entzieht, sobald es ein Risiko laufen muss.

Es wird darum gehen, unsere Demokratie noch sozialer zu gestalten. Wir werden uns dabei nicht durch Allerweltsmittel hypnotisieren lassen dürfen. Wir werden Mittel und Wege zu suchen haben, die unserer leidenden Demokratie angemessen sind. Unser ganzes System der sozialen Versicherung muss überholt, ausgebaut und durch die Altersversicherung gekrönt werden. Dabei wird es nicht ohne materielle Opfer aller Staatsbürger abgehen. Dies ist auch ein Problem der Erziehung, wobei sich herausstellen wird, dass es keine neuen Rechte ohne neue Pflichten

gibt. Die Lohnausgleichskassen können dabei einen brauchbaren und soliden Ausgangspunkt bilden.

Die Wirtschaftsordnung muss gestärkt werden durch die berufliche Ordnung. Die Gewerkschaften, die im sozialen Leben des Landes eine bedeutende Rolle spielen, müssen besser und öfter gehört werden als dies zurzeit der Fall ist. Die Organisationsfreiheit, die heute noch so oft von den Unternehmern, welche auf dem Standpunkt des Herrn im Hause stehen, mit Füssen getreten wird, muss zum Allgemeingut werden. Wenn einmal alle Berufsorganisationen auf solider Grundlage stehen, wird es nötig werden, das Problem einer Berufskammer zu prüfen, um die ganze Wirtschaft und ihre Organisationen zu koordinieren und ein harmonisches Wirtschaften zu sichern.

Die Lösung dieser Aufgaben wird noch viele Überraschungen, Besprechungen und sogar Kämpfe nötig machen, denn die Privatinteressen werden nicht immer ohne Widerstand vor den Allgemeininteressen weichen. Es gilt jedoch, zwischen der Unordnung zu wählen, die soziale Unruhen in sich schliesst, und der Ordnung auf dem Boden der Disziplin und eines Gleichgewichts, das die Sicherheit, das Wohlergehen und den Frieden aller Staatsbürger gewährleisten kann.

In der Schweiz darf man sich ebensowenig wie auf internationalem Gebiet zu sehr auf den Geist der Improvisation verlassen. *Ein solider Plan macht es besser möglich, sich allen Gegebenheiten anzupassen, als eine in der Eile improvisierte Lösung.* Im Augenblick gibt es in der Schweiz nur einen Plan, der in die Weite blickt und reicht: Das Volksbegehren « Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit ». Es kann allen, die guten Willens sind, als Diskussionsgrundlage dienen. Für die Werktätigen strebt es die Sicherheit, die Arbeit, das Wohlergehen und die Freiheit an, das heisst eine Synthese, die in hohem Masse dem Ziele gleicht, das die Werktätigen allzeit im Auge gehabt haben: das Allgemeinwohl.

Um dieses Allgemeinwohl zu verwirklichen, sind gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit nötig, desgleichen aber auch politische Klugheit. Es gilt, grosse Widerstände zu überwinden, von denen schlechter Wille und Vorurteile nicht die geringsten sind. Wenn die Schweiz demokratisch, unabhängig und frei bleiben soll, so müssen diese Schwierigkeiten überwunden werden!